

Was wird aus den Linken?

Aktueller Zustand und Perspektiven der
Liberalen Partei Kanadas

EUGENE LANG
Oktober 2010

- Die Liberale Partei Kanadas (Liberal Party of Canada, LPC) hat Kanadas Bundesregierung in der gesamten Nachkriegszeit dominiert und prägte die kanadische Politik mit vielen sozialdemokratischen Elementen. Nichtsdestotrotz ist die Partei nicht sozialdemokratisch im europäischen Sinne und identifiziert sich auch nicht entsprechend.
- Nach einer langen Periode der Wahlerfolge befindet sich die Partei seit mehreren Jahren in der Krise und steht in Wahlkampfzeiten sowie bei Richtlinienentscheidungen in ihrem eigenen Schatten. Die Liberale Partei Kanadas scheint an einem historischen Scheideweg angekommen zu sein. Alle Umfragen im vergangenen Jahr weisen darauf hin, dass die LPC auch die nächsten Wahlen gegen die Konservativen verlieren wird.
- Um wieder regierungsfähig zu werden, muss sich die LPC mit den Themen der Gegenwart auseinandersetzen und die politischen Inhalte der Zukunft setzen. Der Partei muss es gelingen, eine politische Identität zu vermitteln, die einerseits die Werte und Errungenschaften der Partei aus der Vergangenheit widerspiegelt und andererseits auf die tagespolitischen Gegebenheiten und zukünftigen Herausforderungen zugeschnitten ist.



Inhalt

Überblick: Die Liberale Partei Kanadas (LPC)	2
1. Historischer Überblick	3
2. Der Standort Kanadas in der sozialdemokratischen Tradition	3
3. Analyse der aktuellen Situation	4
4. Schlussbemerkung	9
Anhang	11
Literatur	12



Überblick: Die Liberale Partei Kanadas (LPC)

Offizielle Webseite:	www.liberal.ca
Name des Parteivorsitzenden:	Michael Ignatieff
Gründungsjahr:	1867
Parteimitglieder:	2010: 58,000 2006: 150,000 (offizielle Schätzung) 2003: 230,000 (offizielle Schätzung) 1990: 125,000 (offizielle Schätzung)
Wählerresonanz:	2008: 26 Prozent der Stimmen (76 Sitze) – Opposition 2006: 30 Prozent der Stimmen (76 Sitze) – Opposition 2004: 37 Prozent der Stimmen (76 Sitze) – Minderheitsregierung
Regierungsbeteiligungen in den letzten zehn Jahren:	Seit 2006: Opposition 2004–2006: Minderheitsregierung; Premierminister: Paul Martin 2003–2004: Mehrheitsregierung; Premierminister: Paul Martin 2000–2003: Mehrheitsregierung; Premierminister: Jean Chretien

1. Historischer Überblick

Die Liberale Partei Kanadas (Liberal Party of Canada/Parti libéral du Canada, LPC) wurde unter Wilfried Laurier, dem ersten frankokanadischen Premierminister, der von 1896 bis 1911 regierte, eine eigenständige Partei. Sie war dann einen Großteil des 20. Jahrhunderts hindurch an der Regierung, was ihr den Spitznamen »Kanadas natürliche Regierungspartei« einbrachte. In diese Zeit fallen auch die 22 Jahre unter William Lyon McKenzie King, der ab den 1920er bis in die 1940er Jahre hinein Premierminister war und damit der am längsten amtierende Regierungschef in der Geschichte des britischen Commonwealth ist.

Die von den Liberalen geführten Regierungen zeichneten sich durch drei wesentliche Merkmale aus: Dauerhaftigkeit, starke und dynamische Führungspersönlichkeiten sowie eine innovative Politik.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben vier verschiedene Spitzenkandidaten der Liberalen Partei etliche Wahlen gewonnen und insgesamt 45 Jahre lang regiert: Louis St. Laurent in den späten 1940er und den 1950er Jahren, Lester B. Pearson in den 1960er Jahren, Pierre Elliott Trudeau von 1968 bis 1984 und Jean Chrétien von 1993 bis 2003.

Die Regierungen der Liberalen führten nach dem Zweiten Weltkrieg den Wohlfahrtsstaat beziehungsweise das »soziale Sicherheitsnetz« ein, einschließlich der Arbeitslosenversicherung, des Rentensystems, des kanadischen Gesundheitswesens Medicare, der Familienbeihilfen und Steuerfreibeträge für Kinder, der staatlichen Mittel für die Hochschulbildung und der Ausgleichszahlungen an die Provinzen.¹ Außerdem gründeten die liberalen Regierungen verschiedene nationale Einrichtungen und initiierten »Megaprojekte« wie die ganz Kanada verbindende Fernstraße Trans-Canada Highway, den Sankt-Lorenz-Seeweg (St. Lawrence Seaway) und eine quer durch Kanada verlaufende Öl-Pipeline. Die Liberalen verhandelten 1949 auch den Beitritt Neufundlands in die Föderation.

¹ Mit diesen von der Regierung aus Steuereinnahmen an die »unterbemittelten« Provinzen gehenden Ausgleichszahlungen soll sichergestellt werden, dass die Provinzregierungen ihren Bürgern ähnlich hochwertige öffentliche Dienste bieten können wie die reicheren Provinzen.

Unter liberalen Regierungen konnte die in den beiden Volksentscheiden von 1980 beziehungsweise 1995 zur Abstimmung stehende Abspaltung Quebecs erfolgreich verhindert werden. Ebenso war es eine liberale Regierung, die 1982 die kanadische Verfassung von der Zustimmung durch die Briten unabhängig machen konnte und ihr darüber hinaus eine Charta der Rechte und Freiheiten voranstellte. In den 1990er Jahren war es wiederum eine liberale Regierung, der es nach einem Vierteljahrhundert ständiger Defizite gelang, den Staatshaushalt auszugleichen und damit auch die Finanzkrise der Bundesstaaten zu überwinden.

Die Regierungen der Liberalen unter St. Laurent, Pearson, Trudeau und Chrétien waren auch auf internationaler Bühne innovativ und erfolgreich tätig. So spielten sie in den späten 1940er Jahren eine führende Rolle bei der Gründung der NATO, waren Mitte der 1950er Jahre maßgeblich für das Konzept der UN-Friedenstruppen mitverantwortlich und hatten auch in der Zeit nach dem 11. September 2001 eine wichtige Führungsrolle in Afghanistan.

2. Der Standort Kanadas in der sozialdemokratischen Tradition

In Kanada gab es nie eine sozialdemokratische Regierung auf nationaler Ebene im europäischen Sinne des Begriffs. Mit der LPC hatte das Land jedoch eine progressive und handlungsorientierte Partei, die in den 65 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg 45 Jahre lang an der Regierung war.

Die LPC definiert sich heute nicht als sozialdemokratische Partei und hat dies auch in der Vergangenheit nie getan. Sie ist weder klassenorientiert noch gegen das Unternehmertum eingestellt und wird auch nicht von den Gewerkschaften dominiert, obgleich sie in der Vergangenheit einen beträchtlichen Teil der Gewerkschaftsstimmen für sich verbuchen konnte. Die LPC wurde abwechselnd als »progressiv«, »gemäßigt«, »liberal« (im kanadischen beziehungsweise amerikanischen Sinne des Begriffs) und manchmal auch als »Mitte-Links-Partei« bezeichnet. In den 1990er Jahren betrieb die LPC eine Fiskalpolitik, die man im »Mitte-Rechts«-Spektrum ansiedeln könnte, wodurch sie die kanadische politische Mitte im Hinblick auf die

Finanzpolitik völlig neu definierte.² Die vielleicht beste Beschreibung der LPC lieferte der lange amtierende liberale Premierminister Pierre Trudeau vor vielen Jahren, als er für seine Bemerkung berühmt wurde, die Partei stehe »in der radikalen Mitte«, womit er meinte, dass die LPC immer wichtige soziale und wirtschaftliche Reformen durchführt, wenn sie an der Regierung ist, aber nicht an eine Ideologie gebunden oder Teil einer Bewegung ist, sondern der in Kanada am weitesten verbreiteten Denkweise entspricht (die häufig pragmatisch, unideologisch und politisch gemäßigt ist).

In der Nachkriegszeit bauten die liberalen Regierungen unter verschiedenen Premierministern (King, St. Laurent, Pearson, Trudeau) den kanadischen Wohlfahrtsstaat auf, betrieben eine neokeynesianische Finanzpolitik, griffen mit verschiedenen Maßnahmen (wie Lohn- und Preiskontrollen und Wirtschaftsregulierungen unterschiedlicher Art) in die Wirtschaft ein und waren überzeugte Vertreter einer Mischwirtschaft. Sie gründeten zahlreiche staatseigene Betriebe beziehungsweise sogenannte »Unternehmen der Krone« und Aufsichtsbehörden. Die liberalen Regierungen sind dafür bekannt, Gesetzgebungen zu sozialen Reformen einzuführen und sich strikt an eine multilaterale Außenpolitik zu halten.

Vergleicht man die LPC mit Parteien anderer Staaten, ist sie wohl etwas weiter links als die Demokraten in den USA einzuordnen und damit eher mit *New Labour* in Großbritannien vergleichbar. Die LPC in Kanada hat auf nationaler Ebene eine Politik betrieben, die einer sozialdemokratischen Regierungspolitik europäischer Prägung wohl am nächsten kommt.

3. Analyse der aktuellen Situation

Wählerzuspruch

Nachdem die Liberalen als erste Partei in der kanadischen Geschichte bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen (1993, 1997 und 2000) die absolute Mehrheit der Mandate gewinnen konnte, ist ihr Stimmenanteil seit 2004 rückläufig. Nach den Wahlen von 2004 konnten sie nur noch eine Minderheitsregierung bilden,

² Im Gegensatz zu der Zeit vor 1995, als nur die konservativen politischen Parteien sich ernsthaft für ausgeglichene Haushalte stark machten, treten heute alle überregionalen Parteien Kanadas zumindest in Form von Lippenbekenntnissen für einen ausgeglichenen Haushalt ein.

im Jahr 2006 verloren sie die Parlamentswahlen und 2008 erhielten sie den geringsten Stimmenanteil und die wenigsten Sitze im Parlament seit einem Vierteljahrhundert (siehe Abb. 1 und 2).

Nach vier Jahren in der Opposition ist die Partei der Liberalen mit 77 der 308 Parlamentssitze heute nur noch eine Rumpffraktion. Dies ist die niedrigste Zahl an Mandaten seit der Legislaturperiode von 1984 bis 1988. Geografisch gesehen ist die Partei auf einige große Städte und die Atlantikregion Kanadas beschränkt und in großen Teilen Quebecs und Westkanadas, wo das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren sehr hoch war, quasi nicht mehr existent.

Die Wahlaussichten der LPC gegen eine konservative Partei, die Kanada nicht nur durch zwei kanadische Wirtschaftskrisen, sondern auch durch eine Weltwirtschaftskrise brachte, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Ländern eher mild war, sind so düster wie nie zuvor. Bei den meisten Umfragen liegt die LPC heute bei einer Wählerunterstützung von 25 bis 30 Prozent.³ Diese Zahlen sind von grundlegender Bedeutung: In Kanada war noch nie eine Partei an der Regierungsbildung beteiligt, die weniger als 36 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Der jahrzehntelange Beiname der Liberalen, »die natürliche Regierungspartei« zu sein, hat damit seine Gültigkeit verloren. Der Historiker Michael Bliss von der University of Toronto argumentierte, dass nun wohl eher die Konservativen Kanadas die natürliche Regierungspartei seien (Bliss 2009).

Die Liberalen haben nun über Jahre in wichtigen Bevölkerungsgruppen stark an Wählerunterstützung eingebüßt und auch die Zahl der Stammwähler ist im Laufe der Zeit stark zurückgegangen (Gidengil et al. 2009). Letzteres ist nur schwer zu belegen, aber die Tatsache, dass die Zahl der Parteimitglieder nach dem Höchststand von 230 000 vor sieben Jahren heute Schätzungen zufolge weniger als 60 000 beträgt, lässt darauf schließen, dass auch die Stammwählerschaft der Liberalen sehr viel kleiner geworden ist. Außerdem weiß man, dass sich 2008 fast 1,1 Millionen Bürger weniger an der Wahl beteiligten als 2006⁴ und dass die LPC 2008 etwa 800 000 Stimmen weniger erhielt als bei

³ Wöchentliche Umfragen sind nachzulesen bei *Ekos Research* unter: <http://www.ekos.com>.

⁴ Zu den Wahlen in Kanada siehe unter: www.elections.ca/home.asp.

den Wahlen von 2006. Daraus kann man schlussfolgern, dass die geringere Wahlbeteiligung hauptsächlich auf eine Nichtteilnahme an der Wahl von ehemaligen Wählern der Liberalen zurückzuführen ist. Für die Konservative Partei Kanadas (*Conservative Party of Canada / Parti conservateur du Canada, CPC*) und die Neue Demokratische Partei (*New Democratic Party / Nouveau Parti démocratique, NDP*) betrug der Rückgang bei der Anzahl der Stimmen zwischen beiden Wahlen 35 000 beziehungsweise 65 000.

Als die LPC letztmalig bei den Wahlen im Jahr 2000 die Mehrheit der Mandate gewann, konnte sie noch auf die Unterstützung von zwei Bevölkerungsgruppen zählen, die jahrzehntelang zu den Wahlsiegen der Liberalen entscheidend beitrugen: die Katholiken und die sogenannten erkennbaren Minderheiten. Die gesamte Nachkriegszeit hindurch haben die Katholiken, die mehr als 40 Prozent der kanadischen Bevölkerung ausmachen, überproportional häufig für die LPC gestimmt. Auch ethnische Minderheiten und Immigranten wählten häufig die Liberalen, weil die Partei mit einer großzügigen Immigrations- und Flüchtlingspolitik assoziiert wurde und als Regierungspartei auch die Politik eines offiziellen Multikulturalismus einführte und jahrzehntelang mit Entschiedenheit vertrat.

Bei den Wahlen von 2004 lag der Stimmenanteil der Minderheiten für die LPC um 14 Prozent (Gidengil et al. 2009) und bei den Wahlen von 2008 sogar um 19 Prozent niedriger als im Jahr 2000. Der Stimmenverlust bei den Katholiken war mit 24 Prozent seit den Wahlen von 2000 noch beträchtlicher. Im Vergleich zu den Wahlen von 2004 wählten 2008 nur noch halb so viele Gewerkschaftsmitglieder die LPC (ebd.).

Auch bei den jungen Wählern hat die Partei an Boden verloren. Von den unter 35-Jährigen erhielt sie bei den Wahlen von 2008 verhältnismäßig wenig Stimmen, obwohl im Mittelpunkt ihres Wahlprogramms eine mutige Umweltpolitik stand, ein politischer Bereich, der gerade bei den jüngeren Wählern hoch im Kurs steht.

Im Vergleich zu den verschiedenen konservativen Parteien auf nationaler Ebene erhielten die Liberalen in der Vergangenheit auch überproportional häufig die Stimmen von Frauen. Kürzlich durchgeführten Umfragen zufolge verteilt sich die weibliche Wählerschaft jedoch inzwischen prozentual gleichmäßiger auf

Liberalen und Konservative: 26 Prozent wählen die LPC und 28 Prozent die CPC.⁵ Diese Stimmenverluste bei früheren Stammwählern und in wichtigen Bevölkerungsgruppen haben viele komplexe Gründe, darunter nicht zuletzt die öffentliche Wahrnehmung von Kompetenz, Integrität und Grundsatzprogramm der Partei.

Öffentliche Wahrnehmung der LPC

In der Vergangenheit galt die LPC als eine Partei politischer Innovation. Die gesamte Nachkriegszeit hindurch erfolgten die meisten der größeren kanadischen innen- und außenpolitischen Neuerungen in Zeiten, in denen die Liberalen an der Regierung waren: der Aufbau und später die Reform des Wohlfahrtsstaates, die Erfindung der und die Beteiligung an den UN-Friedenstruppen, die Abkoppelung der Verfassung von den Briten, die Erstellung einer Charta von Rechten und Freiheiten sowie die Beseitigung des Haushaltsdefizits. Den Großteil dieses Zeitraums hindurch gewann die LPC bei Weitem mehr Wahlen als sie verlor, was darauf schließen lässt, dass die Öffentlichkeit die LPC für die kompetenteste Partei hielt, das Land zu regieren, und dass deren Parteiprogramm am ehesten den Ansichten und Erwartungen der Kanadier entsprach.

In den vier Jahren, in denen die LPC in der Opposition ist, hat sich allerdings den Umfragen und Wahlergebnissen zufolge die öffentliche Meinung zur Partei hinsichtlich ihrer Kompetenz und Politik drastisch geändert.

Aus den meisten Umfragen geht hervor, dass die Öffentlichkeit es viel eher den Konservativen zutraut, Wirtschaft und Finanzen der Nation richtig zu verwalten. Das ist für die Liberalen insbesondere aufgrund ihrer finanzpolitischen Errungenschaften unverständlich und frustrierend, denn die konservativen Regierungen ließen und lassen in den meisten ihrer Amtszeiten in den 1980er und frühen 1990er Jahre und seit 2008 große Haushaltsdefizite entstehen, während die liberalen Regierungen in jüngerer Vergangenheit (von 1997 bis 2006) für ausgeglichene Haushalte sorgten. Vielleicht beruht dieses öffentliche Vertrauen in die Konservativen darauf, dass sie allgemein für die besseren Wirtschaftsmanager gehalten werden, weil sie

⁵ Wöchentliche Umfragen sind nachzulesen bei *Ekos Research* unter: www.ekospolitics.com

in ihren politischen Reden häufiger die Wirtschaft in den Mittelpunkt rücken, und darauf, dass die liberalen Regierungen mehr mit einer handlungsorientierten Regierung und sozialen Programmen in Verbindung gebracht wurden und werden. Das erklärt allerdings nicht, warum den Umfragen und Wahlergebnissen zufolge die Konservativen auch als gleich gute oder gar bessere Verwalter des kanadischen Gesundheitswesens (eine Erfindung der Liberalen und historisch eine ihrer Stärken) und des Umweltschutzes angesehen werden, obwohl die konservative Regierung in ihrer vierjährigen Amtszeit in keinem dieser politischen Bereiche irgendetwas Bedeutendes zuwege gebracht hat.⁶

Parteiprogramm

Die Wahlprogramme der Liberalen von 2004, 2006 und 2008 waren ziemlich progressiv und handlungsorientiert. Im Mittelpunkt des Parteiprogramms von Premierminister Paul Martin im Jahr 2004 stand ein ambitioniertes staatliches Kinderbetreuungsprogramm, um eine große Lücke in Kanadas Sozialstaat zu schließen. Dieses Wahlprogramm stellte den bewussten Versuch dar, eine progressive Agenda eines Premierministers zu präsentieren, dessen Image durch eine neunjährige Zeit als Finanzminister geprägt war und dessen wichtigste Leistungen in dieser Zeit der Ausgleich des Haushalts, Sparmaßnahmen und eine beträchtliche Senkung der Einkommenssteuer waren. Im Gegensatz dazu war das Wahlprogramm von 2006 im Grunde eine Zusammenfassung einer ganzen Reihe von Initiativen, die von der Martin-Regierung in den beiden Amtsjahren auf den Weg gebracht wurden und ein Versprechen, sich weiterhin für sie einzusetzen. Der Schwerpunkt lag nach wie vor auf der landesweiten Einrichtung von Kinderbetreuungsinstitutionen, die zu

⁶ Ihre Politik zum Klimawandel ist hier besonders aufschlussreich. Schon früh in ihrer Amtszeit zweifelte die konservative Regierung die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel an. Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen gewann Kanada regelmäßig für seine Verhandlungsposition beim Klimaschutz die täglich von den nichtstaatlichen Umweltorganisationen vergebene Negativauszeichnung »Fossil des Tages«. Medienberichten zufolge galt Kanada in Kopenhagen bei anderen fortgeschrittenen Industrieländern als Quertreiber. Bei seinem Besuch in Ottawa im Frühjahr 2010 tadelte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Kanada für seine Widerspenstigkeit und seine lahmen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Nach vier Jahren im Amt haben die Konservativen immer noch keinen nennenswerten politischen Fortschritt in Sachen Klimaschutz gemacht und die in Kioto von Kanada zugesagten Ziele zugunsten eines einheitlichen Ziels mit den Vereinigten Staaten aufgegeben.

dem Zeitpunkt zwar schon mit den Provinzregierungen ausgehandelt, aber noch nicht umgesetzt worden war.

Das Wahlprogramm von 2008 unter dem neuen liberalen Parteivorsitzenden Stéphane Dion hatte da ganz andere Dimensionen. Im Mittelpunkt dieser sehr progressiven und handlungsorientierten Vorhaben der Liberalen standen ein Abgabesystem für den Kohlendioxidausstoß, mehrere andere Umweltinitiativen und ein umfangreiches Programm zur Armutsbekämpfung. Dieses Wahlprogramm präsentierte eine komplexe und sehr detaillierte Agenda, die realistischerweise keine Regierung in einer einzigen Legislaturperiode hätte umsetzen können.

Dion und seine Agenda kamen 2008 bei den kanadischen Wählern überhaupt nicht gut an, weshalb die Liberalen etwa 30 ihrer Mandate im Parlament verloren und die Konservativen fast die absolute Mehrheit erzielten. Insbesondere die geplante Kohlendioxidsteuer wurde von den Konservativen erfolgreich als »eine Steuer auf alles« verunglimpft und war bei den Wählern äußerst unpopulär. Das Vorhaben Armutsbekämpfung und die anderen Initiativen im Wahlprogramm konnten gegen dieses auch als »grüne Wende« bezeichnete »Monster« der Kohlendioxidsteuer nichts ausrichten.

Die Partei ist bis heute gelähmt von der Erfahrung mit Dion als Spitzenkandidaten und seinem Wahlprogramm, insbesondere der »grünen Wende«. Die LPC ist zwar nach wie vor offen für neue Themen und Ideen und bemüht sich unter der neuen Führung von Michael Ignatieff um eine grundsätzliche politische Neuorientierung, aber sie scheint unfähig, mutige, klare und eigene Positionen zu wichtigen Themen einzunehmen, insbesondere in Bezug auf Umwelt, Finanzpolitik oder weitere Reformen der Sozialprogramme. Im Vorfeld der nächsten Wahlen lassen Umfragen darauf schließen, dass die Kanadier kaum eine Idee davon haben, wofür die LPC heute steht und was sie zu tun gedenkt, falls sie an die Macht kommen sollte.

Aktives Parteileben und Zustand der Partei

Die aktive Mitgliedschaft in der Partei ist mit etwa 60 000 Mitgliedern im Vergleich zu über 200 000 Mitgliedern noch vor einem Jahrzehnt auf ein historisches Tief gesunken. Allgemein werden die verschiedenen Parteivorsitzenden der letzten sechs Jahre unterschiedlich charakterisiert: als erfolgreich, kompetent

und erfahren, aber mit zu vielen Prioritäten gleichzeitig (Paul Martin), als schwach, ineffektiv und mit einem unpopulären Programm (Stephane Dion) oder als grundsatz- und richtungslos (Michael Ignatieff).

Die Parteifinzen sind für die LPC schon seit einem Jahrzehnt ein Problem. Zu Beginn dieses Jahrtausends hatte die LPC in ihrer Regierungszeit das System der kanadischen Parteienfinanzierung reformiert, die Spenden von Einzelpersonen rigoros auf den Betrag von 1000 kanadischen Dollar pro Jahr begrenzt und gleichzeitig die Spenden von Firmen und Gewerkschaften völlig verboten. Diese Mittelkürzungen wurden durch ein staatliches Zuschussystem ersetzt, bei dem die Parteien nach den Wahlen ergebnisabhängig Zuschüsse in Höhe von 1,75 Dollar pro Stimme erhalten. Das neue Finanzierungssystem beinhaltet auch eine Prämie für das Sammeln kleinerer Spenden von Einzelpersonen zwischen den Wahlen.

Ironischerweise hatte die LPC größere Schwierigkeiten, sich an das von ihnen selbst geschaffene System anzupassen, als die anderen Parteien. Das liegt in erster Linie daran, dass die LPC in der Vergangenheit sehr auf Unternehmensspenden und großzügige Spenden von wohlhabenden Einzelpersonen zählen konnte. Daraus folgte, dass die LPC den Konservativen bei der Geldbeschaffung seit Jahren hinterherhinkt. Beispielsweise konnte die LPC im Jahr 2009 im Vergleich zu den Einnahmen der Konservativen in Höhe von 18 Millionen kanadischen Dollar nur zehn Millionen kanadische Dollar in ihre Kasse bringen. Im ersten Quartal 2010 (dem letzten Zeitraum, für den schon Zahlen zur Verfügung stehen) konnte die LPC Zahlungen in Höhe von 1,6 Millionen kanadischen Dollar verbuchen gegenüber vier Millionen kanadischen Dollar für die Konservativen und fast eine Million kanadische Dollar für die Neuen Demokraten.⁷ Schätzungen zufolge hat die LPC mehrere Millionen kanadische Dollar weniger in der Parteikasse als 24 Millionen kanadische Dollar, dem in Kanada zulässigen Höchstbetrag für die Wahlkampffinanzierung.⁸

Die LPC ist zwar nach wie vor in einigen größeren städtischen Zentren Kanadas (vor allem Toronto und seinen Vororten, Montreal und der Atlantikregion) fest verankert, hat aber in ländlichen Gebieten, im westli-

chen Kanada und Teilen Ontarios, alles Gegenden, in denen die LPC in den 1990er Jahren noch die dominierende Partei war, beträchtlich an Unterstützung verloren. Wie bereits ausgeführt kann der Rückgang der Parlamentsmandate auf einen Verlust an Unterstützung in bestimmten Bevölkerungsgruppen zurückgeführt werden – Katholiken, Minderheiten, Frauen –, die in der Vergangenheit maßgeblich zu den Wahlerfolgen der Liberalen beigetragen hatten.

Leistungsbilanz der LPC als Regierungs- und Oppositionspartei

Die Leistungen der LPC als regierende Partei, insbesondere die Periode unter Premierminister Jean Chrétien (1993–2003), wurden von den Kanadiern generell als gut bewertet. Bester Beweis dafür ist, dass die Liberalen unter der Führung von Chrétien dreimal in Folge eine Mehrheitsregierung bilden konnten (auch wenn in dieser Zeit die Aufspaltung der konservativen Wählerstimmen zwischen zwei nominal konservativen Parteien nicht unerheblich zu den Wahlsiegen der Liberalen beitrug).

Die Beseitigung der in einem Vierteljahrhundert aufgelaufenen Haushaltsdefizite gilt als die wichtigste Errungenschaft der LPC in dieser Amtszeit. Gleichzeitig gab es jedoch auch viele andere größere – und durchaus populäre – progressive Initiativen: Erwähnenswert sind hier vor allem die Einführung des staatlichen Kindergelds (das erste neue landesweite Sozialprogramm in zwei Generationen), die Reform der kanadischen Altersversorgung, um diese auf eine langfristig tragbare finanzielle Basis zu stellen, weit höhere Zuschüsse aus Steuergeldern für die Provinzen zur Finanzierung des Gesundheitswesens, die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen, die Entkriminalisierung von Marihuana, eine beträchtliche Aufstockung der Staatsausgaben für Forschung, Wissenschaft und Technologie sowie der *Clarity Act*, mit dem das Verfahren für weitere Referenden zur Unabhängigkeit Quebecs festgelegt wurde. Außenpolitisch sind vor allem die Führungsrolle Kanadas bei der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, das Übereinkommen zum weltweiten Verbot von Landminen und Kanadas Weigerung, sich am Irakkrieg zu beteiligen, zu nennen.

Die Arbeit der LPC als Oppositionspartei in den letzten vier Jahren wird allerdings allgemein als sehr wenig effektiv beurteilt. Die Partei hat jetzt schon ihren vierten Vorsitzenden in diesem Zeitraum. In ihrer gesamten Zeit

⁷ Siehe die Internetseite *Elections Canada* unter www.elections.ca

⁸ Gespräch mit dem Schatzmeister der LPC.

als offizielle Opposition erschien die Partei schwach, schwankend, übermäßig parteipolitisch und taktisch orientiert sowie ohne klare Positionen und strategische Ausrichtungen. Sie übte bisher nur einen marginalen Einfluss auf die Agenda der konservativen Minderheitsregierung aus (was bei Minderheitsregierungen eher ungewöhnlich ist) und war nicht bereit, die Regierung in Bezug auf wichtige Themen herauszufordern, bei denen sie eigentlich anderer Meinung ist, und zwar aus Angst vor Neuwahlen, auf die sie schlecht vorbereitet wäre und die sie vermutlich verlieren würde (nachdem sie in den letzten vier Jahren schon zwei Wahlen verloren hat).

Die konservative Regierung ihrerseits war und ist strategisch gesehen ziemlich effektiv, indem sie größere politische Vorhaben in den Haushalt einplant, wohlweisend, dass die Liberalen wahrscheinlich nicht gegen die Haushaltsentwürfe stimmen werden, die als »Vertrauensfrage« zur Abstimmung stehen, weil die Abschmetterung der Entwürfe zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen führen würde. Beispielsweise enthielt der Entwurf des Staatshaushalts von 2009 größere umstrittene Reformen des kanadischen Investitionsgesetzes (*Investment Canada Act*) und des Wettbewerbsrechts (*Competition Act*), die beide rein gar nichts mit dem Haushalt zu tun haben. Mit dem Haushaltsentwurf von 2010 wurden nicht weniger als 79 weitere Gesetzesänderungen verabschiedet, von denen viele überhaupt nichts mit Regierungsvorhaben und Finanzen zu tun haben. Die LPC war in der Opposition so schwach, dass sie sich gezwungen sah, für – oder zumindest nicht gegen – beide dieser strittigen Haushalte zu stimmen, obwohl sie zuvor öffentlich Kritik an ihnen geübt hatte. Diese Inkonsequenz im politischen Reden und politischen Handeln hat weiter zu dem Gefühl in der Öffentlichkeit beigetragen, dass die heutige LPC nicht mehr für eindeutige Inhalte steht.

Es gibt eine Ausnahme in dieser langen Liste der Passivität, eine Ausnahme, in der die LPC beträchtlichen Einfluss auf die Regierung ausübte: die kanadische Afghanistan-Politik ab 2011. Im Jahr 2008 legten die Liberalen dem Parlament eine Resolution vor, in der sie für 2011 den Rückzug der kanadischen Streitkräfte aus Kandahar, der Region, in der das kanadische Militär seit 2006 stationiert ist, forderten. Diese Resolution wurde von der konservativen Regierung unterstützt und hat Kanadas Afghanistan-Politik ab 2011 gesetzlich verankert.

Entwicklungsmöglichkeiten

Die Entwicklungsmöglichkeiten für die LPC sehen nicht besonders vielversprechend aus. Die Partei scheint nicht in der Lage zu sein, eine politische Agenda für das 21. Jahrhundert zu formulieren, mit der sie sich deutlich von den Konservativen, ihren schärfsten Konkurrenten bei den Wahlen, abgrenzen könnte. Das liegt wohl auch daran, dass die Parteispitze und der Ausschuss zur Wahlvorbereitung zwischen drei dominanten Anhängergruppen hin und her gerissen sind. Angesichts der Tatsache, dass die jetzige Regierung eine defizitäre Haushaltspolitik betreibt und die Medien dies als ein Hauptproblem für Kanada darstellen, möchte die eine Gruppe, dass die Partei ihr Vermächtnis herausstellt, in den 1990er Jahren für einen ausgeglichen Staatshaushalt gesorgt zu haben. Eine andere Anhängergruppe möchte, dass die Partei sich viel weiter links der politischen Mitte positioniert und sich für die nötigen Reformen der Altersversorgung, des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens einsetzt. Dies ist als Versuch zu sehen, die Partei von den Konservativen abzugrenzen und sie fester in dem zu verankern, was viele als die »traditionellen« Werte der Liberalen und ihr politisches Terrain erachten. Eine dritte Anhängergruppe, die scheinbar gerade an Einfluss gewinnt, will sich gar nicht auf politische Maßnahmen und eindeutige Positionen festlegen oder in bestimmten Bereichen politische Risiken eingehen, und zwar in der Hoffnung, dass das Wahlvolk bis zu den nächsten Wahlen einfach genug von den Konservativen hat und die Regierungsverantwortung den Liberalen als einziger Alternative überträgt.

Die Aufspaltung der fortschrittlichen Wählerstimmen Kanadas zwischen vier Parteien – der LPC, der NDP, dem Bloc Québécois (BQ) und der Partei der Grünen (*Green Party of Canada / Parti vert du Canada*) – stellt für die LPC das größte Problem dar, vor allem weil die konservativen Wählerstimmen sich im Gegensatz zu den 1990er Jahren, in denen sie sich noch auf die Reformpartei und später die Kanadische Allianz (*Canadian Alliance / Alliance Canadienne*) und die Progressiv-Konservativen (*Progressive Conservative Party of Canada / Parti progressiste-conservateur du Canada*, PC) verteilten, jetzt alle einer einzigen Partei zufallen. Die Grünen und die NDP erzielten die besten Wahlergebnisse ihrer Geschichte und kamen zusammen mit der BQ (die in jeder Wahl seit 1993 zwei Drittel der Sitze in Quebec errungen hat) bei den meisten Wahlen in jüngerer Zeit auf zwei Drittel der Stimmen.

Diese Situation – die schwächste LPC in ihrer Geschichte, aufstrebende Parteien wie NDP und Grüne sowie eine solide BQ konkurrieren um dieselben Wähler – hat zur Folge, dass die Stimmen der konservativen Wähler durch Kanadas Mehrheitswahlrecht sehr viel effektiver gebündelt sind als die der progressiven Wähler. Die offensichtliche Lösung für dieses Problem wäre die Einführung des Verhältniswahlrechts, aber das ist in den Augen der Liberalen ein Gräuelfeld und nicht einmal die NDP setzt sich noch dafür ein, wie sie es früher einmal getan hat.

Aufgrund dieses Dilemmas der Stimmenaufspaltung und des kontinuierlich schlechten Abschneidens der Liberalen bei den Wahlen der letzten Jahre wurden Rufe nach einer Regierungskoalition der fortschrittlichen Parteien laut. Tatsächlich versuchten die Liberalen und die NDP kurz nach den Wahlen von 2008 erfolglos, die Konservativen aus der Regierung zu drängen und eine Koalitionsregierung zu bilden, die auf nationaler Ebene die erste seit dem Ersten Weltkrieg gewesen wäre.

In jüngerer Zeit sind eine Reihe von einflussreichen Stimmen, darunter auch die des ehemaligen Premiers Jean Chrétien, in der Öffentlichkeit zu hören, die besagen, dass die beste Lösung des Problems der Stimmenaufspaltung zwischen den progressiven Parteien und der permanenten Schwäche der Liberalen darin bestehen könnte, durch die Vereinigung von LPC und NDP eine neue progressive politische Partei zu gründen. Die Idee eines Parteienzusammenschlusses wurde und wird jedoch vom derzeit amtierenden Parteivorsitzenden der Liberalen und den meisten Spitzenpolitikern der Partei abgelehnt.

Der Mangel an innerem Zusammenhalt und die noch ausstehende Debatte über die politische Ausrichtung und das Grundsatzzprogramm der Partei wird wohl zusammen mit der Aufspaltung der progressiven Wählerstimmen und der Vereinigung der konservativen Wählerstimmen auf eine Partei bedeuten, dass die Konservativen in absehbarer Zukunft weiter an der Regierung bleiben werden. Die Liberalen könnten ihre Chancen auf eine Übernahme der Regierungsgewalt jedoch beträchtlich erhöhen, wenn sie sich auf eine Koalition mit der NDP einlassen würden. Während einige politische Beobachter die Ansicht vertreten, eine Koalition von LPC und NDP könne aufgrund harter Wahlkampfrealitäten, erbittertem »Tribalismus« und enormer politischer Differenzen nicht funktionieren,

legen Beispiele aus jüngerer Vergangenheit nahe, dass eine solche Zusammenarbeit durchaus möglich ist. Mitte der 1980er Jahre kam es in der Provinz Ontario nach der erfolgreichen Bemühung, die damalige konservative Regierung abzulösen, zu einer Koalitionsvereinbarung zwischen den Liberalen und der NDP. Auf nationaler Ebene konnte sich die Minderheitsregierung von 2004 bis 2006 unter Premierminister Martin im Unterhaus teilweise aufgrund eines gemeinsam mit der NDP im Jahr 2005 ausgehandelten Haushalts durchsetzen. Die derzeitige gemeinsame Regierung von Konservativen und Liberalen in Großbritannien hat die berechtigte Diskussion über eine Koalitionsregierung in Kanada wieder aufleben lassen.

Öffnung der LPC gegenüber der Gesellschaft und strategischen Partnerschaften

Es gibt durchaus Gelegenheiten für die LPC, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie ihre jeweiligen Wählerschaften anzusprechen. Die Gewerkschaftsführer und NROs sind der konservativen Regierung gegenüber sehr feindlich gesinnt und könnten davon überzeugt werden, bei den nächsten Wahlen ihre Stimme aus strategischen Gründen den Liberalen zu geben, damit die konservative Regierung abgelöst wird. Aber das ist sehr unwahrscheinlich ohne einige eindeutige und klar progressive politische Angebote, die der linken Mitte gefallen würden (beispielsweise eine Reform der staatlichen Altersversorgung und eine starke Umweltpolitik). Das ist aber von den Liberalen gegenwärtig offenbar kaum zu erwarten.

4. Schlussbemerkung

Die LPC scheint vor einer historischen Weichenstellung zu stehen. Alle Umfragen des letzten Jahres legen nahe, dass sie auch die nächsten Wahlen an die Konservativen verlieren wird. Das wäre das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte, dass die LPC drei aufeinanderfolgende Wahlen verliert. Die Schuld an einer weiteren Wahlniederlage könnte auch nicht den Spitzenkandidaten zugeschrieben werden, denn die Liberalen hätten die drei Wahlen mit drei verschiedenen Kandidaten verloren. Es geht hier um etwas Grundsätzlicheres, was die Partei aber zu ihrem eigenen Schaden ignoriert.

Der allmähliche Verlust von Wählerstimmen aus wichtigen Bevölkerungsgruppen ist eine schwerwiegende und vielleicht verhängnisvolle Symptomatik. Die

Partei hat keinen Versuch unternommen, diese genauer zu untersuchen, geschweige denn zu heilen. Der Rückgang an Repräsentation in großen Teilen des Landes und die damit einhergehende Isolation von Abgeordneten der Liberalen in einigen großen Städten Zentralkanadas und der Atlantikregion ist ein ähnlich ernsthaftes Leiden.

Der Aufstieg der Grünen, die jetzt einigen Umfragen zufolge bei über zehn Prozent liegen, und der mit 17 bis 20 Prozent höchste Wählerzuspruch, den die NDP in ihrer Geschichte verbuchen kann, geht ebenfalls auf Kosten der Liberalen. Dass es den Liberalen nicht gelingt, in Quebec die BQ (eine Protestpartei, die überhaupt keine Chance hat, jemals in Kanada zu regieren, und dies auch gar nicht anstrebt) zu verdrängen und sich wieder als stärkste Partei im französischsprachigen Teil Kanadas zu etablieren – eine Stellung, die sie seit dem 19. Jahrhundert bis in die frühen 1990er Jahre innehatten –, bedeutet einen wesentlichen strukturellen Wandel in der politischen Landschaft, auf den die Partei keine Antwort hat und auf den sie sich immer noch nicht eingestellt hat.

Die LPC ruht sich auf ihrem progressiven politischen Vermächtnis und der in der Vergangenheit – insbesondere den Ären von Trudeau und Pearsons – begründeten Identität aus. Aber das ist für eine zunehmende Zahl von Kanadiern eine weit zurückliegende und immer weiter verblassende Erinnerung. Die Partei hat es auf zwei Vorstandskonferenzen und mehreren Parteitagungen nicht einmal versucht, eine progressive, liberale Agenda für das 21. Jahrhundert herauszuarbeiten, die sie dann der Öffentlichkeit als fundamental andere als die der konservativen Regierung hätte präsentieren können.

Wenn die Liberalen in nicht allzu ferner Zukunft an die Regierung zurückwollen, müssen sie entscheiden, wer sie sind, wofür sie stehen und warum sie Kanada erneut regieren wollen, statt eine Strategie des Wartens zu verfolgen, bis das Wahlvolk die konservative Regierung satt hat und sich wieder der LPC zuwendet. Das historische und anhaltende Tief in der Wählergunst, die immer wieder schlechten Einschätzungen in Bezug auf die Kompetenz der Partei in wichtigen politischen Fragen und obendrein noch die nie zuvor so stark gewesene Aufspaltung der progressiven Wählerstimmen lässt für die LPC eine düstere Zukunft erahnen. Die alte Konfiguration der beiden Regierungsparteien – wobei die Liberalen die meiste Zeit an der Regierung

waren und nur gelegentlich die Macht an die Konservativen abtreten mussten – gehört der Vergangenheit an.

Kurz gesagt muss sich die Partei mit der Gegenwart und der Zukunft auseinandersetzen und eine politische Identität aufbauen, die den Werten und Errungenschaften der Parteigeschichte treu bleibt, aber gleichzeitig auf die Herausforderungen und Realitäten von heute und morgen zugeschnitten ist.



Anhang

Abbildung 1: Wahlergebnisse 1993–2008 (in Prozent der Wählerstimmen)

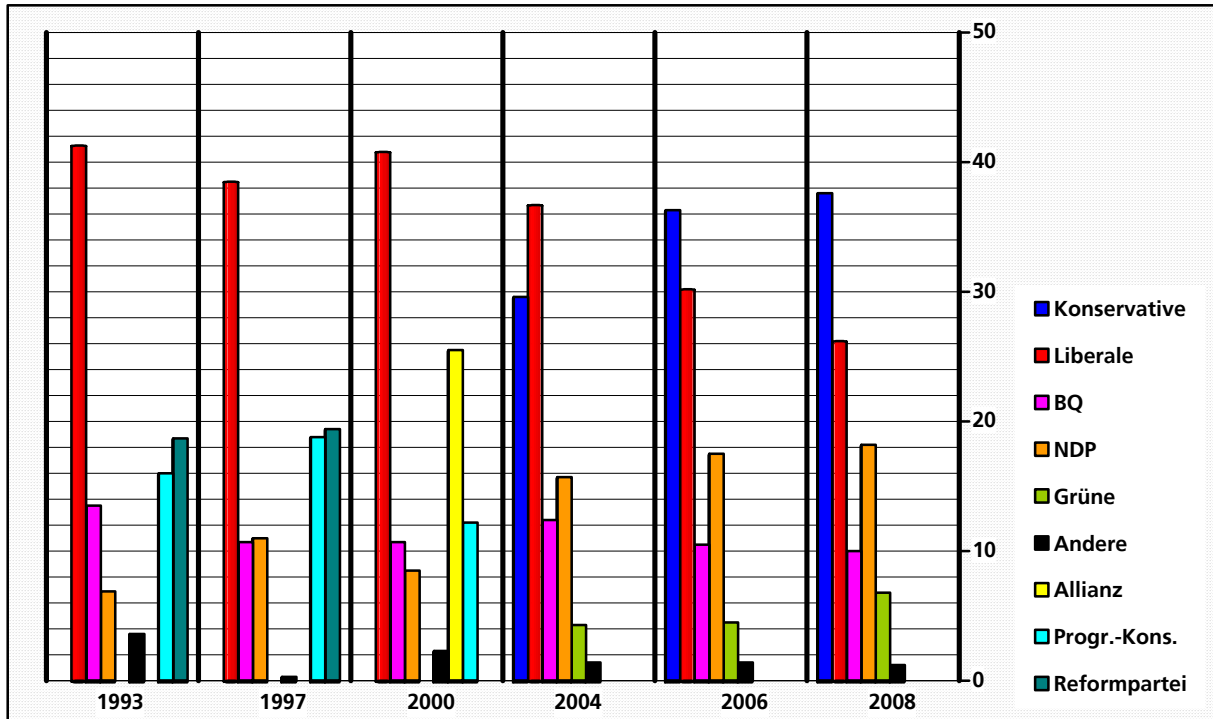
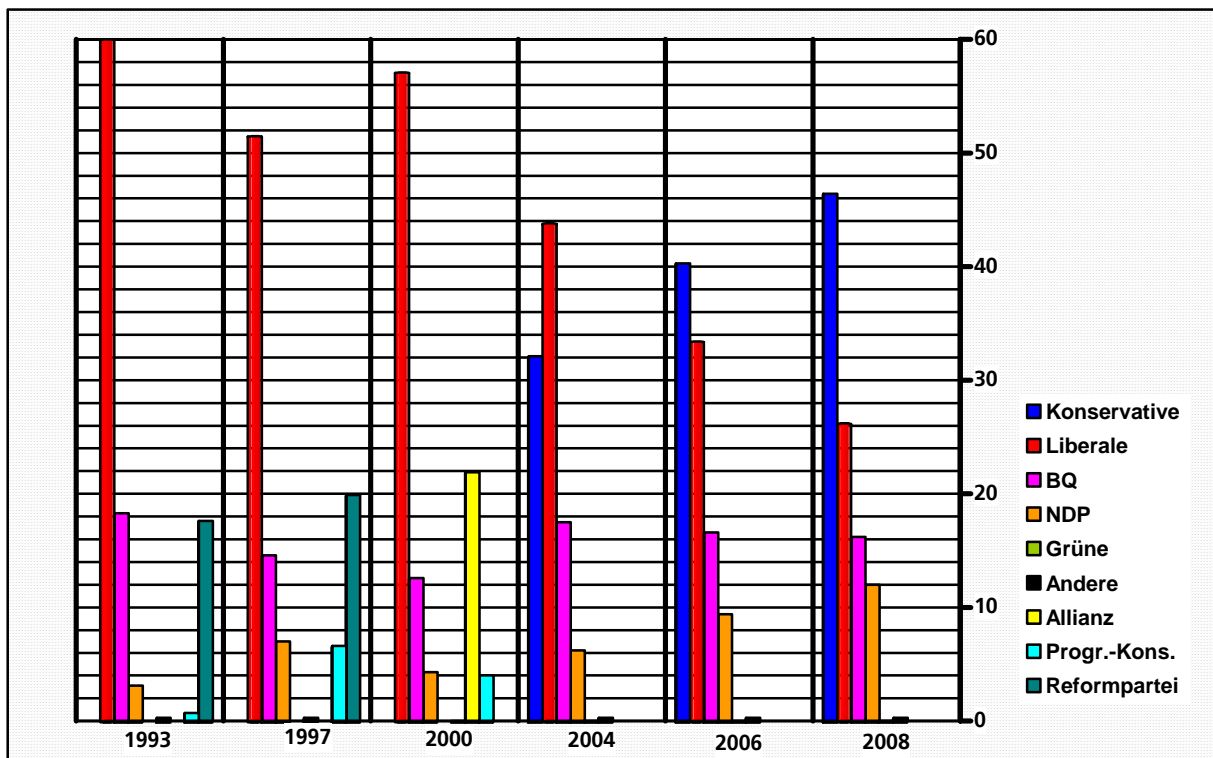


Abbildung 2: Wahlergebnisse 1993–2008 (in Prozent der Sitze)



Literatur

Aster, Howard und Thomas S. Axworthy (Hrsg.) (2003): *Searching for the New Liberalism: Perspectives, Policies, Prospects*. Oakville: Mosaic Press.

Bliss, Michael (1994): *Right Honourable Men: The Descent of Canadian Politics from MacDonald to Mulroney*. New York: Harper Collins.

Bliss, Michael (2009): Has Harper Found his Tipping Point?, in: *Globe and Mail* (1.10.2009).

Browne, Matt und Eugene Lang (2010): Progressives Must Come Together to Return to Power, in: *Ottawa Citizen*, Arguments (17.6.2010): A17.

Browne, Matt und Eugene Lang (2009): In Search of a Progressive Centre, in: *Globe and Mail*, Comment Section (14.6.2009): A17.

Clarkson, Stephen und Christina McCall (1990 und 1994): *Trudeau in Our Times, Bd. 1 & 2*. Toronto: McClelland and Stewart.

DeMont, Philip und J. Eugene Lang (1999): *Turning Point: Moving Beyond Neoconservatism*. Toronto: Stoddart Publishing.

Giddens, Anthony (1998): *The Third Way: The Renewal of Social Democracy*. Cambridge: Polity Press.

Gidengil, Elisabeth, Patrick Fournier, Joanna Everitt, Neil Nevitte und Andre Blais (2009): *The Anatomy of a Liberal Defeat*, Entwurf für das Jahrestreffen der Canadian Political Science Association (Mai 2009), Carleton University, Ottawa/Kanada.

Head, Ivan und Pierre Trudeau (1995): *The Canadian Way: Shaping Canada's Foreign Policy, 1968–84*. Toronto: McClelland and Stewart.

Pammett, Jon H. und Christopher Dornan (Hrsg.) (2004): *The Canadian General Election of 2004*. Toronto: The Dundurn Group.

Websites:

Ekos Politics: <http://www.ekospolitics.com>

Elections Canada: <http://www.elections.ca/home.asp>



Über den Autor

Eugene Lang ist Vize-Präsident der »Bluesky Strategy Group« und Mitgründer von »Canada 2020«: »Canada's Progressive Centre«.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de